

## V5 Sexualisierte Gewalt konsequent bekämpfen – innerparteilich und politisch

Antragsteller\*in: Katharina Meixner (KV Frankfurt)  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

### Antragstext

1 Die aktuellen öffentlichen Debatten – unter anderem angestoßen durch Beiträge  
2 von Collien Fernandes und Dr. Zoe Mayer – machen deutlich, wie groß der  
3 Handlungsbedarf im Kontext sexualisierter Gewalt in der Gesellschaft ist. Wir  
4 solidarisieren uns ausdrücklich mit Collien Fernandes, Dr. Zoe Mayer und allen  
5 Betroffenen sexualisierter Gewalt. Die Sichtbarmachung dieser Erfahrungen ist  
6 keine „Schmutzkampagne“, sondern ein notwendiger Schritt hin zu Aufarbeitung,  
7 Transparenz und struktureller Veränderung. Anders als Bundeskanzler Friedrich  
8 Merz sind wir nicht der Auffassung, dass sexualisierte Gewalt durch Migration  
9 verursacht wird. Im Gegenteil: die Studienlage zeigt, dass Gewalt unabhängig von  
10 sozioökonomischer Schicht, Nationalität, Religion, Alter etc. auftritt. Ein  
11 verbindendes Merkmal lässt sich dennoch ausmachen: Die überwiegende Mehrheit der  
12 Täter ist männlich.

13 Als feministische Partei ist es unser Anspruch, Diskriminierung und  
14 Ungleichbehandlung aktiv entgegenzuwirken. FLINTA\*s sowie andere  
15 marginalisierte Gruppen machen nach wie vor andere und häufiger diskriminierende  
16 Erfahrungen als Jungen und Männer. Deshalb ist es notwendig, die eigenen  
17 Strukturen kontinuierlich kritisch zu hinterfragen und zu verändern.

18 Gleichzeitig zeigen die aktuellen Debatten auch erhebliche politische und  
19 gesetzgeberische Lücken, insbesondere im Bereich digitaler sexualisierter  
20 Gewalt.

21 Der Bundesfrauenrat stellt sich daher ausdrücklich hinter die Forderungen  
22 zahlreicher Feminist\*innen, Aktivist\*innen und Politiker\*innen, die von Düzen  
23 Tekkal, Kristina Lunz, Ricarda Lang initiiert wurden und einen umfassenden  
24 politischen Aktionsplan gegen sexualisierte Gewalt fordern.

25 Daher beschließt der Bundesfrauenrat:

#### 26 I. Innerparteiliche Maßnahmen

- 27 1. Erhebung von Erfahrungen innerhalb der Partei  
28 Die Bundesgeschäftsstelle wird beauftragt, eine anonyme, niedrigschwellige  
29 Online-Umfrage unter allen Mitgliedern durchzuführen, um Erfahrungen mit  
30 Sexismus, Diskriminierung und sexualisierter Gewalt innerhalb der Partei  
31 systematisch zu erfassen. Diese Umfrage soll in regelmäßigen Abständen  
32 wiederholt werden.
- 33 2. Auswertung und Transparenz  
34 Die Ergebnisse der Umfrage werden anonymisiert ausgewertet und in

- 35 geeigneter Form veröffentlicht, um Problemlagen sichtbar zu machen und  
36 Handlungsbedarfe abzuleiten.
- 37 3. Weiterentwicklung des Ombudskonzepts  
38 Die Erkenntnisse aus der Umfrage fließen verbindlich in die Überarbeitung  
39 und Weiterentwicklung des Ombudskonzepts ein. Dabei sind insbesondere  
40 unabhängige, vertrauenswürdige und niedrigschwellige Anlaufstellen  
41 sicherzustellen.
- 42 4. Sensibilisierung und politische Bildung  
43 Parteigliederungen sowie Mandatsträger\*innen auf allen politischen Ebenen  
44 werden aufgefordert, öffentliche und nicht-öffentliche  
45 Veranstaltungsformate zum Thema sexualisierte Gewalt in der Politik  
46 durchzuführen, um Sensibilisierung zu fördern und konkrete Gegenmaßnahmen  
47 zu entwickeln.
- 48 5. Verpflichtende Workshops für Amts- und Mandatsträger\*innen  
49 Amts- und Mandatsträger\*innen sollen verpflichtend an Workshops zum Thema  
50 Gewalt, Machtmissbrauch und Diskriminierung teilnehmen, um diesen  
51 Phänomenen frühzeitig vorzubeugen.

## 52 II. Politische Forderungen gegen sexualisierte Gewalt

53 Der Bundesfrauenrat positioniert sich klar an der Seite der Forderungen eines  
54 umfassenden Aktionsplans gegen sexualisierte Gewalt und setzt sich auf allen  
55 politischen Ebenen für deren Umsetzung ein.

56 Dazu gehören:

- 57 1. Strafbarkeit von Erstellung und Verbreitung sexualisierter Deepfakes sowie  
58 konsequente Plattformregulierung
- 59 2. Einführung eines digitalen Gewaltschutzgesetzes mit wirksamen  
60 Betroffenenrechten
- 61 3. “Ja heißt Ja” konsequent im Sexualstrafrecht verankern
- 62 4. Nationale Strategie zur Bekämpfung männlicher Gewalt
- 63 5. Spezialisierte Justiz, Polizei, Schutzstrukturen und verbindliches  
64 Monitoring
- 65 6. Klare Regulierungen für Plattformen
- 66 7. Einführung eines Straftatbestands “Femizid” im Strafgesetzbuch
- 67 8. Konsequente Umsetzung internationaler Verpflichtungen
- 68 9. Strafbarkeit der Erstellung und Verbreitung voyeuristischer Aufnahmen
- 69 10. Sofortige Einberufung eines Treffens mit der Bundesregierung

70 [https://weact.campact.de/petitions/in-solidaritat-mit-collien-fernandes-10-](https://weact.campact.de/petitions/in-solidaritat-mit-collien-fernandes-10-forderungen-an-die-)  
71 [forderungen-an-die-](https://weact.campact.de/petitions/in-solidaritat-mit-collien-fernandes-10-forderungen-an-die-)

72 [bundesregierung?source=rawlink&utm\\_medium=recommendation&utm\\_source=rawlink&share=6cb40472-d2ba-45b8-bc9c-81e24e25f777](https://www.bundesregierung.de/bundesregierung?source=rawlink&utm_medium=recommendation&utm_source=rawlink&share=6cb40472-d2ba-45b8-bc9c-81e24e25f777)

## Begründung

Sexualisierte Gewalt ist ein strukturelles Problem, das sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht und daher auch durch politische Parteien. Innerparteiliche Machtstrukturen, Abhängigkeiten und fehlende niedrigschwellige Beschwerdewege können dazu beitragen, dass Übergriffe nicht gemeldet oder nicht ausreichend aufgearbeitet werden.

Gleichzeitig verschärfen digitale Technologien die Problematik erheblich. Insbesondere KI-gestützte Anwendungen ermöglichen neue Formen sexualisierter Gewalt, etwa durch Deepfakes oder bildbasierte Übergriffe, die bislang rechtlich unzureichend erfasst sind.

Die Kombination aus innerparteilicher Aufarbeitung und klarer politischer Positionierung ist daher notwendig. Nur wenn wir sowohl unsere eigenen Strukturen verbessern als auch gesellschaftlich für wirksame Maßnahmen eintreten, können wir unserem Anspruch als feministische Partei gerecht werden.

## Unterstützer\*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen)